

Wir brauchen mehr bezahlbare Arbeit

Das Präsidium hat sich ausführlich mit der aktuellen Diskussion zum europäischen Integrationsprozeß beschäftigt. Es hat dabei einhellig festgestellt, daß es zur Geschwindigkeit und Zielrichtung des europäischen Integrationsprozesses mit der CDU keine Alternative gibt.

Die Fahrt des Europazuges zu bremsen, liegt nicht im deutschen Interesse. Im Gegenteil: Deutschland profitiert vom europäischen Einigungsprozeß. Er hat uns die Wiedervereinigung ermöglicht. Er ist

**Aus der Pressekonferenz von
Generalsekretär Peter Hintze
nach der Präsidiumssitzung
am 8. November im
Konrad-Adenauer-Haus**

entscheidend für unsere Arbeitsplätze. Er bestimmt das Schicksal unseres Kontinents im Blick auf Krieg und Frieden.

Die CDU fühlt sich in dieser Frage einig mit ihrer Schwesterpartei CSU, wie aus den Worten des CSU-Chefs Theo Waigel zum weiteren europäischen Integrationsprozeß hervorgeht. Wir setzen darauf, daß die Gemeinschaft durch die Aufnahme von Österreich, Schweden, Norwegen und Finnland im Jahre 1995 nicht nur größer, sondern auch stärker wird.

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Europa

Generalsekretär Peter Hintze: Der europäische Integrationsprozeß ist politisch unumkehrbar. Seite 3

● Pflegeversicherung

Blüm sieht Willen des Bundesrats zu gemeinsamer Lösung. Seite 4

● Innenpolitik

Verbrechensbekämpfungsgesetz: Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit. Seite 5

Erwin Marschewski:

Das Asylrecht greift. Seite 7

● Sozialdemokraten

„Probleme mit der Wirklichkeit“: Führungskunst à la Scharping. Seite 11

● Grundsatzprogramm

Reinhard Göhner: Neue Vorschläge zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Seite 14

● Öffentlichkeitsarbeit

Werbemittel der Frauen-Union. Seite 18/19

Entscheidung '94

... mit einer Anleitung dazu, wie mit Flugblättern, Plakaten und Anzeigen Aufmerksamkeit geweckt wird.

(Fortsetzung von Seite 1)

Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft sind für uns kein Gegensatz.

Das Präsidium hat sich ausführlich mit der Frage der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zukunft des Arbeitsmarktes beschäftigt. Wir unterstützen die rasche Durchführung der Postreform und der Bahnreform als Beitrag zur Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Als ernste Herausforderung empfinden wir die Zahl der Arbeitslosen, die einen Höchststand erreicht hat.

Dabei kann auch nicht die Tatsache beruhigen, daß wir zugleich den höchsten Beschäftigtenstand in der Geschichte der deutschen Arbeitsmarktstatistik haben. Angesichts der Vielzahl von Vorschlägen zum Thema Arbeit ist es jetzt wichtig, Ordnung in die Diskussion zu bringen.

Die Weichen müssen auf Zukunft gestellt werden: Für mehr Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze.

Alle Vorschläge müssen daraufhin überprüft werden, ob sie dazu beitragen

- mehr bezahlbare Arbeit zu schaffen;
- die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern

und damit auch die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern;

- den notwendigen Strukturwandel zu fördern und neue Beschäftigungsfelder zu erschließen.

Viel zu viele Vorschläge beschäftigen sich ausschließlich mit der Verteilung derzeit vorhandener Arbeitsplätze. Das birgt die Gefahr in sich, daß die notwendigen Veränderungen auf der Strecke bleiben.

Bei der Bezahlbarkeit von Arbeitsplätzen muß auf die Rentabilität in der jeweiligen Einheit geachtet werden. Die Bezahlbarkeit von Arbeitsplätzen darf nicht durch das Abrufen immer höherer öffentlicher Zuschüsse erkaufte werden. So halten wir eine Finanzierung etwa der 4-Tage-Woche durch die Bundesanstalt für Arbeit für das gänzlich falsche Mittel.

Die Einführung der 4-Tage-Woche kann dort einen Sinn machen, wo sie kostenneutral organisiert wird, etwa durch Wegfall von Wochenendzuschlägen.

Die CDU wird noch in diesem Monat ein abgestimmtes Gesamtkonzept zum Thema „Arbeit“ entwickeln und verabschieden.

Mehr Rechte für das Europäische Parlament

Zum Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags erklärte der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Bernhard Sälzer:

Der 1. November 1993 ist ein einschneidendes Ereignis in der Geschichte der europäischen Einigung. Das Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags markiert die Geburtsstunde der Europäischen Union. Auch für uns Europaparlamentarier ist dies ein wichtiges Ereignis, weil wir eine

ganze Reihe von neuen Rechten erhalten. Insbesondere hat nun das Europäische Parlament für wichtige Gesetzgebungsverfahren mit dem EG-Ministerrat eine gleichberechtigte Stellung. Auch wird in Zukunft die EG-Kommission nur durch Zustimmung des Parlaments ins Amt kommen.

Insgesamt hat nun das Europäische Parlament mehr Mitwirkungsrechte als einige der nationalen Parlamente in den EG-Mitgliedsstaaten.

Generalsekretär Peter Hintze:

Der europäische Integrationsprozeß ist politisch unumkehrbar

Die Europapolitik der CDU, wie sie von Konrad Adenauer grundgelegt und von Helmut Kohl zum Erfolg geführt wurde, wird unverändert fortgesetzt.

● Mit der europäischen Integration ist ein notwendiger, unumkehrbarer Prozeß der politischen Zusammenarbeit in Europa eingeleitet. Wir werden diesen Gedanken nie aufgeben. Wir werden ihn vielmehr fortentwickeln.

● Helmut Kohl ist mit seiner Politik der Vision der Mütter und Väter des Grundgesetzes gefolgt. In der Präambel des Grundgesetzes haben sie neben dem Wiedervereinigungsgebot das Ziel Deutschlands, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, festgelegt. Das vereinte Europa ist die logische Konsequenz einer auf Dauer angelegten Friedens- und Sicherheitspolitik. Wir Deutschen sind auf die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses angewiesen. Wir wollen damit

- ▶ Freiheit und Frieden in ganz Europa sichern,
- ▶ die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung fördern,

- ▶ die grenzüberschreitende Kriminalität erfolgreich bekämpfen,
- ▶ die europäischen Interessen auf internationaler Ebene vertreten.

Das vereinte Europa soll alle Aufgaben übernehmen, für die der Nationalstaat zu klein geworden ist.

● Die Entscheidung, den Sitz der europäischen Zentralbank nach Frankfurt zu legen, ist ein wichtiger Erfolg des Bundeskanzlers. Damit ist auch ein Beitrag zur Sicherung des Standortes Deutschland geleistet, da sich nun die internationale Finanzwelt auf Frankfurt hin orientieren wird.

● Die CDU wird die Politik eines vereinten Europas konsequent weiter verfolgen. Europa muß die notwendigen Zuständigkeiten für die Asyl- und Entwicklungshilfepolitik bekommen, für die Umweltpolitik und für den Bau der internationalen Verkehrswege. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muß verstärkt und die Bekämpfung der international organisierten Kriminalität intensiviert werden.

● Der europäische Integrationsprozeß ist politisch unumkehrbar. Er liegt im deutschen Interesse. ■

KULTURSTADT EUROPA wird 1999 Weimar sein. Das haben die zwölf Kultusminister der EG auf dem Sondergipfel in Brüssel beschlossen und damit vor Avignon, Graz, Istanbul, Prag und Stockholm die über 1000jährige Stadt im Herzen Deutschlands ausgezeichnet. Oberbürgermeister Klaus Büttner: Weimar 1999 soll kein groß aufgezogenes Kulturfest werden, sondern die Mittlerrolle der Stadt für den Dialog und den Austausch von Menschen und Kulturen herausstellen. Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel begrüßte, daß erstmals eine Stadt nicht durch ihre Größe, sondern durch ihre kulturelle und historische Bedeutung überzeugt habe.

Blüm sieht Willen zu gemeinsamer Lösung

„In der Anrufung des Vermittlungsausschusses sehe ich den Willen des Bundesrates, gemeinsam mit dem Bundestag die Pflegeversicherung durchzusetzen.“ Das erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm am 5. November anläßlich der zweiten Beratung des Pflegeversicherungsgesetzes im Bundesrat.

Auf dem Weg zu diesem Gesetz seien schon viele Hürden überwunden worden. Im Rückblick sei das aber keine Überraschung, denn es habe noch kein großes sozialpolitisches Vorhaben gegeben, bei dem nicht gestritten wurde und Kompromisse nötig gewesen seien.

Blüm: „Dem Pflegeversicherungsgesetz ist vorausgesagt worden, daß es nie die dritte Lesung des Bundestages und den zweiten Durchgang im Bundesrat erreichen werde. Jetzt muß es nur noch durch den Vermittlungsausschuß. Das ist die letzte Hürde vor dem Ziel. Und an dieses Ziel müssen wir kommen. 1,65 Millionen Pflegebedürftige und deren Angehörige warten darauf.“

In der Hauptfrage, daß das Pflegerisiko solidarisch abgesichert werden muß, stimmten Bundesrat und Bundestag überein, sagte Blüm. „Dieses hohe Gut der Übereinstimmung darf auch im Vermittlungsausschuß nicht durch Differenzen im Detail untergehen. Die Verlierer eines Streites ohne Lösung und ohne Ende wären die Pflegebedürftigen. Wenn wir den parteipolitischen Rechthabern nicht das letzte Wort und den Wahlkampfstrategen nicht die letzte Entscheidung lassen,

Bundesrat überweist Pflegeversicherungsgesetz an den Vermittlungsausschuß.

wird uns die Einigung gelingen“, erklärte Minister Blüm.

Er zeigte Verständnis für den Wunsch des Bundesrates, daß im Vermittlungsausschuß das Pflegeversicherungsgesetz und die unverzichtbare Kompensation für die Beitragsbelastung der Wirtschaft zusammen verhandelt werden, denn Preis und Ware gehörten auch in der Sozialpolitik zusammen.

„Verein ist auch eine Sozialstation“

Der Sportverein wird künftig neue Aufgaben in der Gesellschaft übernehmen müssen.

„Der Verein ist in Zukunft nicht nur eine Gemeinschaft zur Verfolgung sportlicher Ziele, sondern auch eine Sozialstation“, sagte Manfred von Richthofen, der Vizepräsident des Deutschen Sportbundes (DSB), auf einer „Fachtagung“ in Kiel.

Bei der von der schleswig-holsteinischen CDU organisierten Veranstal-

tung forderte von Richthofen Länder und Kommunen auf, diese veränderten Grundlagen zu erkennen und bei der Mittelzuweisung auch zu berücksichtigen.

Auch nach Auffassung des DSB-Präsidenten Hans Hansen steht der moderne Verein durch die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur vor einer Bewährungsprobe. Der moderne Sportverein müsse sich den neuen Aufgaben stellen.

Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994

Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit

Bei einem Klausurgespräch Anfang November haben sich die Rechts- und Innenpolitiker von CDU/CSU und FDP darauf verständigt, im Januar 1994 ein „Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994“ in den Deutschen Bundestag einzubringen und raschestmöglich zu verabschieden. In dieses Artikel-Gesetz werden folgende Punkte aufgenommen:

● Beschleunigtes Strafverfahren:

Unsere Strafgerichte müssen in die Lage versetzt werden, in viel größerem Umfang als bisher die Täter, die auf frischer Tat ertappt werden, binnen weniger Tage abzuurteilen. Hierzu wird das bereits jetzt in der Strafprozeßordnung vorgesehene Beschleunigte Verfahren zum Regel-Verfahren für geeignete Fälle aufgewertet und insbesondere durch die Einführung eines summarischen Beweiserhebungsverfahrens gestrafft. Die unverzichtbaren und durch die Verfassung geschützten Verteidigungsrechte des Angeklagten bleiben dadurch erhalten, daß er — wie schon jetzt beim Strafbefehlsverfahren — gegen ein Urteil im Beschleunigten Verfahren Rechtsmittel einlegen kann mit der Folge einer erneuten Hauptverhandlung, in der eine uneingeschränkte Beweiserhebung erfolgt.

● Hauptverhandlungshaft:

Es soll die Möglichkeit eröffnet werden,

auf frischer Tat gefaßte Täter bis zu einer binnen weniger Tage stattfindenden Hauptverhandlung in Gewahrsam zu behalten. Das soll die prompte Durchführung der Hauptverhandlung gegen den Täter sicherstellen und Staatsanwaltschaft und Gerichten Veranlassung geben, häufiger zu einer Hauptverhandlung in unmittelbarem Anschluß an die Tat zu kommen.

● Haftgrund der Wiederholungsgefahr (§ 112a StPO):

Die Handhabung des § 112a StPO wird für die Praxis dadurch erleichtert, daß die Regelvoraussetzung der Vorverurteilung (§ 112a Abs. 1 Satz 2 StPO) entfällt.

● Haftgrund Schwere der Tat (§ 112 Abs. 3 StPO):

Der Katalog derjenigen Straftaten, die Untersuchungshaft auch dann ermöglichen, wenn weder Flucht- noch Verdunklungsgefahr vorliegt, wird um § 225 StGB (beabsichtigte schwere Körperverletzung) und § 307 StGB (besonders schwere Brandstiftung) erweitert.

● Straffung von Großverfahren:

Der Verzicht auf die vollständige Verlesung aller Urkunden, die in ein Strafverfahren eingeführt werden sollen, kürzt Großverfahren ab, ohne die Verteidi-

gungsrechte des Angeklagten einzuschränken.

● Kronzeugenregelung:

Die bisher nur für terroristische Straftaten geltende Kronzeugenregelung wird — auch hier befristet — auf Delikte der organisierten Kriminalität ausgedehnt.

● Körperverletzung:

Die uneingeschränkte Ächtung jeglicher Gewalt ist ein wesentliches Anliegen der Rechts- und Innenpolitik. Die Strafen für die verschiedenen Tatformen der Körperverletzung (§§ 223, 223a, 224 und 225 StGB) werden bei Mindest- und Höchststrafen angehoben. Beispielsweise wird das bisherige Höchstmaß von 3 Jahren Freiheitsstrafe für Körperverletzung (§ 223 StGB) auf 5 Jahre erhöht. Damit korrespondierende Verschärfungen weiterer Straftatbestände, die dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit dienen, werden noch geprüft.

● Nazi-Symbole:

§ 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) wird so erweitert, daß künftig auch das Verwenden solcher Kennzeichen unter Strafe gestellt wird, die den verbotenen Kennzeichen zum Verwechseln ähnlich sind.

● Volksverhetzung:

Die §§ 130 und 131 (Volksverhetzung, Gewaltdarstellung, Aufstachelung zum Rassenhaß) werden neu gestaltet, um bisher bestehende Strafbarkeitslücken zu schließen.

● Schlepperbanden:

Das Asylverfahrensgesetz und das Ausländergesetz werden so verschärft, daß Schlepper, die Schein-Asylanten nach Deutschland einschleusen, besser als bisher möglich gefaßt und bestraft werden können. Derzeit wird noch geprüft, ob zur Ermittlung solcher Täter auch das Abhören von Telefonen eine geeignete Maßnahme ist.

● G-10-Gesetz:

Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes aus der strategischen Kontrolle organisierter Kriminalität werden künftig in vollem Umfang an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben.

● Privates Sicherheitsgewerbe:

Die Gewerbeordnung wird verschärft mit dem Ziel, schwarze Schafe besser als bisher aus dem privaten Sicherheitsgewerbe fernzuhalten.

● Diebstahlschutz bei Kfz:

Durch geeignete gesetzliche Regelung werden technische Schutzmaßnahmen zur besseren Verhinderung von Kfz-Diebstählen verbindlich vorgeschrieben.

● Täter-Opfer-Ausgleich:

Das im Jugendstrafrecht bewährte Prinzip des Täter-Opfer-Ausgleichs wird ins Erwachsenen-Strafrecht übernommen. Hierdurch soll den Opfern von Straftaten sinnvolle Hilfe durch Wiedergutmachung und durch Abbau von Ängsten gegeben werden. Zugleich kann beim Täter besser als mit bloßer Bestrafung Einsicht in die Verwerflichkeit seines Tuns geweckt und Übernahme von Verantwortung für die Folgen seiner Straftat bewirkt werden.

Das Asylrecht greift

Im vergangenen Monat, im Oktober 1993, kamen mit 16.660 Asylbewerbern annähernd so viele wie im Monat September (16.681) nach Deutschland. In den Monaten September und Oktober letzten Jahres waren es 45.779 bzw. 48.985.

Damit beläuft sich die Zahl der Asylbewerber in den letzten vier Monaten, also seit Inkrafttreten des neuen Asylrechts am 1.7.1993, auf nunmehr rund 64.500; von Juli bis Oktober 1992 waren es mehr als 181.000.

Drei Monate Erfahrungen mit dem neuen Recht zeigen demnach: das neue Asylrecht wirkt.

Während vor Inkrafttreten des neuen Asylrechts, bis zum 30.6. d. J., die Zahl der zu uns kommenden Asylbewerber selbst gegenüber den ersten 6 Monaten im Rekordjahr 1992 nochmals um 19,5 Prozent gestiegen war (auf 224.099), ist sie seitdem um nahezu zwei Drittel gesunken.

Zugleich steigt die Zahl der Entscheidungen des Zirndorfer Bundesamtes über die Anträge von Asylbewerbern: sie liegt bei monatlich über 40.000 Entscheidungen.

Allein in den letzten 4 Monaten seit Inkrafttreten des neuen Rechts wurden über 182.000 Anträge beschieden. Das bedeutet, daß 118.000 Alt-Anträge abgearbeitet werden konnten.

Setzt sich diese Entwicklung fort, wird es Ende 1994/Anfang 1995 keinen Rückstau beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge mehr geben.

Derzeit muß das BAfI noch rund 450.000 alte Anträge abarbeiten. Dann aber können die Anträge aller Asylbewerber bin-

nen aller kürzester Frist beschieden werden.

Dem Erfolg des neuen Asylrechts stehen — wie klarzustellen ist — Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum neuen Asylrecht nicht entgegen. Insoweit ist zu betonen:

1. Das Bundesverfassungsgericht hat bislang nicht ein einziges Urteil zum neuen Asylrecht gefällt; es hat vielmehr bisher lediglich Entscheidungen in Eilverfahren ohne vollständige Klärung der Sach- und Rechtslage getroffen. Da ein rechtlich fundiertes Urteil noch aussteht, kann keine Rede davon sein, es bestünde jetzt neuerlicher Handlungsbedarf. Insbe-

**Von Erwin Marschewski,
innenpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion.**

sondere ist die Feststellung unhaltbar, die Drittstaatenregelung im neuen Asylrecht sei „völkerrechts- und verfassungswidrig“.

2. Die Drittstaatenregelung im neuen Asylrecht besagt, daß sich auf Asyl nicht berufen kann, wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.

Dies führt nicht — wie allzuoft verkannt wird — zu einer „verhängnisvollen Domi-

notheorie“, sondern zu einer gerechten Lastenteilung in Europa. Umgekehrt, nach der alten Rechtslage galt die Dominotheorie. Deutschland mußte jahrelang über 2/3 der Asylbewerber innerhalb der EG allein aufnehmen.

Es bleibt festzuhalten: Mit der Einführung des neuen Asylrechts ist der erhoffte Entlastungseffekt eingetreten.

Wenn die Länder jetzt noch ihrer Pflicht nachkommen, Asylrichter in ausreichender Zahl einzusetzen und für die Ausreise abgelehnter Bewerber ohne Bleiberecht aus anderen Gründen — ggf. im Wege der Abschiebung — Sorge tragen, können wir es schaffen: die mißbräuchliche Berufung auf Asyl wird kein geeigneter Weg mehr sein, die Zuwanderungsbestimmungen nach Deutschland zu unterlaufen.

Die mit der Asylrechtsnovellè angestrebte Entlastung der Asylverfahren um Fälle mißbräuchlicher Inanspruchnahme errei-

chen wir dann am schnellsten, wenn alle Länder mitwirken und helfen, Anreize zur Flucht nach Deutschland abzubauen. Deshalb geht es nicht an, wenn Kommunen — namentlich im rot-grün regierten Niedersachsen — die Begleitgesetze zur Asylrechtsänderung aushöhlen. Auch das Asylbewerberleistungsgesetz ist voll umzusetzen, und danach ist die Sicherung des Lebensunterhalts von Asylbewerbern vorrangig durch Sachleistungen vorgesehen, nur ausnahmsweise dürfen Wertgutscheine ausgegeben oder Geldleistungen erbracht werden.

Denn Schlepper sollen nicht von deutschen Sozialhilfe-Geldern bezahlt werden. Wer hier versagt, unterläuft den Asyl-Kompromiß. Er trägt dazu bei, daß die Bereitschaft zur Aufnahme politischer Verfolgter in Deutschland sinkt. Er schafft damit insbesondere denen, die tatsächlich auf Schutz angewiesen sind.

Praxisnahe Alternativen zum Studium

Etwa 3.000 deutsche Unternehmen haben nach Erkenntnissen des Instituts der Deutschen Wirtschaft für das Ausbildungsjahr 1993/94 rund 12.000 spezielle Ausbildungsplätze für Abiturienten angeboten.

Die meisten Sonderausbildungsplätze für Abiturienten stellen der Handel mit über 3.100 Plätzen und die Elektroindustrie mit gut 2.800 Plätzen. Danach folgen die Metallindustrie (1.500), Kreditinstitute und Versicherungen (1.100) und die Chemische Industrie (840). Hier werden die Abiturienten in dreijährigen Kursen zu Wirtschaftsassistenten, Handelsassistenten oder zu Betriebswirten und Ingenieuren ausgebildet. Ein Aus-

bildungsgang kostet die Unternehmen im Schnitt gut 80.000 Mark. Die durchschnittliche Ausbildungsvergütung der Teilnehmer beträgt rund 1.300 Mark pro Monat. Die Anfangsgehälter nach Abschluß der Ausbildung liegen zwischen 2.700 Mark und 7.000 Mark. Das Gros der Sonderausbildungs-Absolventen erzielt ein Startgehalt von 4.300 Mark.

Sonderausbildungsplätze für Abiturienten sind sehr begehrt: So bewarben sich 1993 pro Ausbildungsplatz im Durchschnitt 27 Abiturienten. Mit 31 Bewerbern pro angebotenen Platz ist der Andrang in den kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Ausbildungsgängen am stärksten; für einen Ingenieurausbildungsplatz meldeten sich 21 Bewerber.

Zusammenarbeit mit dem Sport bei Wahrung seiner Autonomie

Sport — das ist für uns Lebensfreude, Geselligkeit, Leistungsstreben. Und das soll nach unseren Vorstellungen von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes in eigener Verantwortung gestaltet und organisiert werden. Wie die Menschen ihren Sport gestalten, das soll ihnen belassen bleiben.

Brauchen wir danach überhaupt noch eine öffentliche Sportpolitik, brauchen wir da noch Hilfen für den Sport, muß man sich nach diesem grundsätzlichen Verhältnis zum Sport fragen.

Wir brauchen eine Sportpolitik. Wir wollen dem Sport helfen. Die Sportpolitik der Union wird darauf abstellen, dem Sport dort zu helfen, wo er seine Anliegen nicht mehr in eigener Regie zu erledigen weiß oder wo er auf Hilfe angewiesen ist, seine Anliegen zu organisieren. Dabei lassen wir uns bei unseren sportpolitischen Überlegungen von der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Sport und der Wahrung der Autonomie des Sports leiten. Einen Staatssport kann es und darf es nach unseren Vorstellungen bei uns in der Bundesrepublik Deutschland nicht geben.

Wir haben die organisatorischen Voraussetzungen für den Sport, soweit es in unserer Kraft und Zuständigkeit lag, unterstützt: über den Bundeshaushalt wurde der Leistungssport mit beträchtlichen Mitteln gefördert; wir haben uns für den Sport der Behinderten und den Rehabilitationssport eingesetzt. Wir haben wesentlich dazu beigetragen, Sportstätten in den alten Bundesländern zu schaffen, Bundesleistungszentren und Olympiastützpunkte aufzubauen.

Die Sportwissenschaft wurde mit wesent-

lichen Beiträgen gestärkt; sportwissenschaftliche Einrichtungen wie das Institut für Angewandte Trainingswissenschaft und die Forschungs- und Entwicklungsstelle für Sportgeräte, deren Ergebnisse unmittelbar unseren Athleten zugute kommen, wurden wesentlich unterstützt.

Im Kampf gegen den Unsinn des Dopings haben wir dem deutschen Sport geholfen, bei der Erforschung des Dopings und der Durchführung der Dopingkontrollen. Unsere Anstrengungen haben auch dazu geführt, daß der

**Von Engelbert Nelle,
sportpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

Sportplatz um die Ecke gegenüber unbegründeten lärmbedingten Einsprüchen sicherer wurde.

Wir haben uns im Bereich der Jugendarbeit für die finanzielle Absicherung der Fan-Arbeit im Sport und damit gegen Gewalt im Sport eingesetzt. Die von uns geleistete Hilfe im Bereich der Programme „Aussiedler und Sport“ zeigen hervorragende Ergebnisse; hier ist es gelungen, über den Sport Menschen, die zu uns in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, rasch zu integrieren.

Unmittelbar vor uns stehen weitere Anliegen des Sports, bei denen wir helfen wollen. So soll das Deutsche Sportmuseum, nachdem die Verantwortlichen wichtige Vorfragen geklärt haben, durch Hilfen des Bundes auf den Weg gebracht wer-

Ausländische Sportler sind bei uns willkommene Gäste

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Engelbert Nelle, erklärte nach den Vorfällen von Oberhof/Thüringen:

Die Ereignisse von Oberhof/Thüringen sind für uns nicht hinnehmbar. Es kann nicht angehen, daß ausländische Sportler hier in Deutschland bei Trainingsmaßnahmen und Wettkämpfen angegriffen und diskriminiert werden. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit haben wir im Sport bekämpft, sie gehören nicht zum Sport.

Wir alle sind erneut nach den Übergriffen einiger Unbesonnener aufgeru-

fen, etwas zu unternehmen. Ich wende mich besonders an Sportlerinnen und Sportler, an alle, die sich dem Sport verbunden fühlen. Jeder möge in seinem Umfeld, in seinem Bekanntenkreis gegen extremistische Ideen und gegen diskriminierendes Handeln vorgehen.

Wir alle wünschen, daß unsere Sportlerinnen und Sportler draußen in der Welt willkommen sind und sicher leben können. Ausländische Sportlerinnen und Sportler müssen auch hier bei uns gerne gesehene Wettkämpfer und Gäste sein — wie bisher.

den. Im Umweltbereich gilt es, den Sportplatz um die Ecke gegenüber Einsprüchen Dritter weiter abzusichern. Wir müssen ferner unser Augenmerk auf die gesundheitlichen Aspekte des Sports richten; es gilt den Kampf des Sports gegen Doping zu unterstützen. Dazu werden wir in Kürze das Übereinkommen gegen Doping des Europarates im Deutschen Bundestag verabschieden.

Auch die Aufnahme der Sportmedizin in die Approbationsordnung der Ärzte muß gelingen; hier sind auch die Länder gefordert, die sich bisher diesem Problem verweigert haben.

Die weitere Förderung des Leistungssports und die dazugehörigen Maßnahmen sollen einen Beitrag leisten, unseren Sportlern bei internationalen Wettkämpfen eine faire Chance zu eröffnen. Dazu wollen wir helfen, effizient und effektiv arbeitende Sportleistungszentren aufzubauen, die Sportwissenschaft weiter zu stärken; denn zu einem humanen Leistungssport, zu dem sich die Union

bekannt, gehört es, die uns als einem großen Industriestaat zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen.

Daher haben wir uns auch für die weitere Förderung des Bundesinstituts der Sportwissenschaft, dessen Forschungsmittel im wesentlichen den sportwissenschaftlichen Einrichtungen in den deutschen Hochschulen zugute kommen, für die verstärkte Förderung des Instituts für Angewandte Trainingswissenschaften und der Forschungs- und Entwicklungsstelle für Sportgeräte eingesetzt.

Dem Sport helfen

Der Sport weiß, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sich im Rahmen der Möglichkeiten des Bundes für die Belange des Sports einsetzen und helfen wird. Zusammen mit den weiteren Partnern des Sports — den Ländern, Kommunen und der Wirtschaft — sollte es gelingen, dem Sport jene Basis zu schaffen, die er benötigt, um seine Aufgaben zu erfüllen.

„Probleme mit der Wirklichkeit“

Führungskunst à la Scharping

Die „Welt am Sonntag“ beschrieb in ihrer Ausgabe vom 7. November 1993 den Führungsstil des neuen SPD-Vorsitzenden Scharping mit den Worten: „Er schickt seine wichtigsten Mitspieler ins Feuer und läßt sie erst verbrennen und dann verkohlen.“ Wir dokumentieren den Text in Ausschnitten:

„Anfang Juli, nur wenige Tage nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden, hatte Scharping eine Kernmannschaft für eine Regierungsübernahme im nächsten Herbst vorgestellt, der fast alle Spitzengonossen angehörten. Mit dieser Kernmannschaft wollte Scharping Klarheit schaffen, wer künftig auf wichtigen Feldern politisch verantwortlich für die SPD sprechen könne.

Seither sind vier Monate vergangen, und die von Scharping berufenen Mitglieder der Parteiführung haben inzwischen zu mehreren wichtigen politischen Fragen vermeintlich gewichtige Vorschläge gemacht, von denen sie annehmen konnten, sie lägen im Sinne des neuen Vorsitzenden. Doch am Ende der Operation ‚Klarheit schaffen‘ standen sie als die Blamierten da, und die Unklarheit über Ziele und Absichten ihrer Partei war hinterher größer als vorher. (...)

So unerwartet wie regelmäßig aber ließ Scharping dabei seine Vorkämpfer, wie es ein Teilnehmer einer Präsidiumssitzung sagte, im Regen stehen.

Ein Sinn läßt sich dabei allenfalls in der Rangfolge der von Scharping Dekapitierungen erkennen: Im Sinne der Kleiderordnung nahm der Parteichef sich als ersten den nach ihm wichtigsten Genossen vor, den Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Klose. Scharping hatte ihn damit betraut, sich um die Außenpolitik zu kümmern.

(...) Die SPD hatte sich auf ihrem Bremer Parteitag 1991 mit der Ablehnung einer Bundeswehr-Beteiligung an friedensschaffenden UN-Missionen auf einen Sonderweg begeben. Von diesem Irrweg versuchte Klose die Partei abzubringen. Er konnte dabei mit Grundannehmen, dies mit der Billigung und Unterstützung Scharpings zu tun. (...)

Doch bei der Präsidiums-Sitzung am 24. August (...) wurde Kloses Antrag überstimmt. Für Klose völlig überraschend stellte sich dabei auch Scharping während der Sitzung auf die Seite der ablehnenden Mehrheit. Wenn es der Partei dient, daß sich der Vorsitzende in dieser Frage zurücknimmt, ist das mein Beitrag zur Einigkeit in der Partei, sagte Scharping später dazu.

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine, Scharpings gescheiterter Vorgänger als Kanzlerkandidat der SPD, war der nächste, den Scharping abwertete. (...)

Dann kam der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder an die Reihe (...). Schröder, in der Kernmannschaft Scharpings für Energiepolitik zuständig, hatte (...) einen Energiekonsens ausgehandelt.

Die Grundzüge dieses Kompromisses legte er in der vergangenen Woche im Parteipräsidium vor. (...)

Die Mehrheit des SPD-Präsidiums aber lehnte den Konsens ab, Scharping ergriff in der Sitzung nicht für Schröder Partei. Nach der Sitzung sagte er zu dem blamierten Unterhändler der deutschen Sozialdemokratie: ‚Gerhard, ich finde das alles in Ordnung, aber ich konnte mich nicht schon wieder aus dem Fenster hängen.‘“

Das Tor für deutsche Aussiedler bleibt offen

In der GUS leben noch immer rund 2,5 Mio. Rußlanddeutsche, vor allem in der Russischen Föderation, in Kasachstan und anderen mittelasiatischen Republiken. Die Politik der Bundesregierung ist darauf gerichtet, ihnen die freie Entscheidung zu ermöglichen, ob sie auch künftig in der GUS leben wollen oder nach Deutschland aussiedeln möchten.

Im Blick auf diese Zielsetzung hat die Bundesregierung in den letzten Monaten wichtige Erfolge für die Rußlanddeutschen erzielt. Sie werden an folgenden Beispielen deutlich:

- Das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz, das ab 1. 1. 1993 gilt, bewährt sich. Der Aussiedlerzuzug hat sich beruhigt und verstetigt. In diesem Jahr sind in den ersten 10 Monaten 168.653 deutsche Aussiedler nach Deutschland gekommen, davon 158.815 Rußlanddeutsche. Zum Vergleich 1989 und 1990 kamen noch pro Jahr rd. 400.000 Aussiedler. Das Tor für deutsche Aussiedler bleibt offen!

- Die Bundeshilfen für die Integration der deutschen Aussiedler werden auch 1994 in ihren entscheidenden Bereichen fortgesetzt, obwohl auch hier Sparmaßnahmen notwendig wurden. Bedeutsam ist, daß weiterhin 6 Monate Sprachkurs vom Bund finanziert wird. Ferner zahlt der Bund in den ersten 6 Monaten des Aufenthalts in Deutschland Eingliederungshilfe aus Bundesmitteln. Auch andere bewährte Hilfen wie der „Garantiefonds“ im Ausbildungsbereich und Zuschüsse an die Organisationen, die

Aussiedler bei der Integration betreuen, sind 1994 im Bundeshaushalt vorgesehen. Insgesamt werden auf Bundesebene 1994 Leistungen für die deutschen Aussiedler aus dem Osten Europas in Höhe von rd. 4 Mrd. DM erbracht. Dazu kommen die Leistungen von den Ländern, Gemeinden, Kirchen und Sozialen Verbänden.

- Deutsche Aussiedler aus dem Osten Europas sind ein Gewinn für unser Land, vor allem mit ihren großen jungen Familien. Nach den vorliegenden Unterlagen

Von Horst Waffenschmidt, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen

des Statistischen Bundesamtes sind 32,1 Prozent der deutschen Aussiedler unter 18 Jahre und nur 6,2 Prozent über 65 Jahre. 44,3 Prozent sind zwischen 18 und 45 Jahre. Nach den Berechnungen führender Wirtschaftsforschungsinstitute haben sie bereits nach wenigen Jahren in Deutschland alles das wieder erwirtschaftet, was für ihre Integration aufgewendet wurde.

- Die Hilfsmaßnahmen für die Rußlanddeutschen in der GUS zeigen positive Wirkung, insbesondere in der Russischen Föderation. Wie die deutsch-russische Regierungskommission am 1./2. 11. 1993 festgestellt hat, bewährt sich die Förderung der Siedlungsschwerpunkte in den deutschen Kreisen in Westsibirien und an der Wolga. Über 100.000 Rußlanddeutsche aus Mittelasien wollen zur Zeit in

diese Siedlungsschwerpunkte in Rußland zuziehen. In der deutsch-russischen Regierungskommission erklärte Landrat Prof. Bruno Reiter vom deutschen Nationalkreis im Omskgebiet, daß er über 40.000 aktuelle Zuzugswünsche von Rußlanddeutschen habe. Gebietchef Belych aus Saratow berichtete in der Sitzung der Regierungskommission, daß jetzt mehr Rußlanddeutsche in das Saratowgebiet zuziehen als aussiedeln.

Weniger Ausreisewillige

● Die erfolgreichen Maßnahmen für die Rußlanddeutschen haben zu einer starken Verringerung der aktuellen Ausreisewünsche geführt. Im Jahre 1993 liegen über 100.000 Ausreiseanträge weniger vor als 1992. Dies ist um so bedeutsamer, da zahlreiche Formalitäten im Antragsverfahren vereinfacht wurden. Zum Beispiel kann man heute Anreisenträge in Moskau und in Almati (Kasachstan) stellen, früher nur in Moskau. Das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz erleichtert gerade für die Rußlanddeutschen manche Nachweispflichten, die früher auf große Schwierigkeiten stießen, wie z. B. im Blick auf Kenntnisse der deutschen Sprache und Kriegsfolgenschicksal.

● Die Siedlungsschwerpunkte für die Rußlanddeutschen in Westsibirien, an der Wolga und künftig auch in der Region St. Petersburg sind zugleich wichtige Entwicklungsprojekte für die Russische Föderation. Alle Hilfsmaßnahmen sollen nicht nur den Rußlanddeutschen zugute kommen, sondern auch ihren nichtdeutschen Nachbarn. In Rußland, wo jetzt die meisten gesellschaftlichen Verhältnisse in einem starken Umbruch sind und viel Neuorientierung notwendig bleibt, sind die von Deutschland und Rußland geförderten Siedlungsschwerpunkte der Rußlanddeutschen oft Inseln der Hoffnung für eine gesamte Region.

Wichtig ist auch, daß bei allen Maßnahmen für die Rußlanddeutschen die Vertreter der Rußlanddeutschen selbst eingeschaltet sind.

Die Bundesregierung wird weiterhin ihre Verantwortung für die Rußlanddeutschen wahrnehmen, sowohl bei der Integration in Deutschland wie auch bei Hilfsmaßnahmen in der GUS. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung gilt genauso im Hinblick auf die deutschen Volksgruppen in Polen, Rumänien und anderen Staaten im Osten und Südosten Europas. Aber die bei weitem größte Volksgruppe lebt in der GUS, und von dort können auch die meisten Aussiedler kommen.

Im Mittelpunkt der weiteren Bemühungen stehen die Aktivitäten für deutsche Sprache und Schule, Bildung und Medienbereich. Hier hat das Auswärtige Amt bereits wichtige Initiativen entfaltet. Die Hauptbemühungen gehen dahin, die Zahl der Deutschlehrer und Fachberater für den Deutschunterricht ständig zu erhöhen.

Deutscher Nationalrat

Die nächste Sitzung der deutsch-russischen Regierungskommission im März 1994 in Bonn wird sich schwerpunktmäßig damit befassen. Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang die Zusage des russischen Minderheitenministers Sergej Schachrai, daß für die Deutschen in Rußland ein Nationalrat bzw. Volkstag eingerichtet werden soll, in dem Vertreter der Rußlanddeutschen selbst Kompetenzen für Schulwesen und Ausbildung, Kulturpflege und Medienbereich wahrnehmen soll! In der deutsch-russischen Regierungskommission am 1./2. November 1993 in St. Petersburg wurde von den russischen Behörden zugesagt, die notwendigen Aktivitäten darauf zu richten, daß dieser deutsche Nationalrat 1994 seine Arbeit aufnehmen könne. ■

Grundsatzprogramm-Entwurf

Neue Vorschläge zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

Der vom Bundesvorstand der CDU Deutschlands beschlossene Entwurf des Grundsatzprogramms enthält zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zahlreiche neue Vorschläge.

In dem Kapitel III „Für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft“ geht es um drei Aufgaben: 1. Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland verbessern, 2. den Sozialstaat zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit umbauen und 3. die Ökologie marktwirtschaftlich gestalten. Ich möchte nachfolgend drei Bereiche aus dem Programm-entwurf, der vom CDU-Bundesvorstand als Antrag für den Bundesparteitag im Februar 1994 beschlossen worden ist, hervorheben:

● Für eine neue Struktur unseres Steuersystems

Die Rahmenbedingungen der Finanzpolitik haben sich durch den Aufbau der neuen Bundesländer für eine längere Übergangszeit stark verändert. Damit das Zusammenwachsen Deutschlands zügig vorangebracht wird, haben wir vorübergehend eine höhere Staatsverschuldung, ein Ansteigen des Staatsanteils, der Steuerbelastung und der Staatsausgaben in Kauf nehmen müssen. Im Anschluß daran muß jedoch die Neuverschuldung konsequent rückgeführt, alle öffentlichen Haushalte konsolidiert, der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt vermindert und mittelfristig die Steuerbelastung gesenkt werden.

Es geht uns aber nicht nur um eine mittel-

fristige Senkung der Steuerquote, sondern zugleich um eine grundlegend neue Ausrichtung und Struktur innerhalb des Steuersystems. Die Belastung der produktiven Faktoren Kapital und Arbeit durch die direkten Steuern ist derzeit zu hoch. Wir wollen niedrigere direkte Steuersätze, aber eine breitere Steuerbemessungsgrundlage mit weniger steuerlichen Ver-

Von Reinhard Göhner, Vorsitzender der Grundsatzprogramm-Kommission

günstigungen und Ausnahmetatbeständen.

Das dient zugleich der Vereinfachung und damit der Steuergerechtigkeit. Zugleich werden wir den Konsum, insbesondere bei Energieverbrauch und Umweltbelastungen, steuerlich stärker belasten müssen. Indem wir das Steuersystem ökonomisch und ökologisch neu orientieren, stellen wir wichtige Weichen zur Fortentwicklung der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft.

Dies entspricht auch den Erfordernissen im internationalen Wettbewerb der Unternehmensbesteuerung, da in vielen Staaten die direkten Steuern wesentlich niedriger sind als bei uns.

● Für eine neue Offensive der Privatisierung

Wir treten dafür ein, industrielle Beteiligungen und sonstige privatwirtschaftliche

Unternehmen der öffentlichen Hand konsequent zu privatisieren. Dazu gehören z. B. Energieunternehmen, Banken und Versicherungen der öffentlichen Hand — vor allem in den alten Bundesländern.

So können die Einrichtung und der Betrieb von Infrastrukturen im Bereich Verkehr, öffentlichen Planungsleistungen, Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie in der Energie- und Abfallwirtschaft soweit wie möglich privatisiert werden. Privatwirtschaftliche, durch Markt und Wettbewerb gesteuerte und kontrollierte unternehmerische Tätigkeit gewährleistet am besten wirtschaftliche Freiheit, ökonomische Effizienz und Anpassung an sich verändernde Marktverhältnisse.

Soziale Flankierungen erfolgen durch die Ausgleichs- und Förderinstrumente der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, grundsätzlich dagegen nicht durch die unternehmerische Betätigung des Staates.

Erforderlich sind ferner Strukturveränderungen und Umschichtungen, Ausgabenverminderungen und Effizienzsteigerungen. Indem wir deregulieren, entbürokratisieren und privatisieren, wollen wir erreichen, daß öffentliche Aufgaben effizienter und kostengünstiger wahrgenommen werden.

Wir wollen mehr als bisher einen Teil der öffentlichen Aufgaben durch besondere Entgelte wie Preise und Gebühren und durch Selbstbeteiligungsanteile finanzieren. Dies erhöht die Kostentransparenz öffentlicher Angebote, begünstigt den Wettbewerb und führt zu einem kostengünstigeren und sparsameren Umgang der öffentlichen Leistungen.

Die neue Offensive der Privatisierung eröffnet neue Wachstumschancen, z. B. im Bereich Verkehr: Der hohe Investitionsbedarf, insbesondere für die Bereiche Schiene, Straße und Wasserwege, kann nicht allein durch den öffentlichen

Haushalt abgedeckt werden. Daher müssen Möglichkeiten der privaten Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und der Refinanzierung über Nutzungsentgelte genutzt werden.

● Für eine neue Arbeitsmarktpolitik

Der Programmwurf enthält grundsätzliche Vorschläge für eine neue Arbeitsmarktpolitik. Der CDU-Bundesvorstand hat bereits eine kleine Kommission eingesetzt, um eine Konkretisierung dieses Konzeptes zu erarbeiten und zu prüfen, was davon noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden kann.

Die beste Politik für den Arbeitsmarkt ist und bleibt die Schaffung dauerhafter und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze durch Investitionen. Im Vordergrund des wirtschaftspolitischen Teils des Grundsatzprogramms steht deshalb die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Aber es darf nicht übersehen werden, daß wir eine strukturell bedingte steigende Arbeitslosigkeit haben, die allein durch Investitionen, Wachstum und einen neuen Aufschwung nicht beseitigt werden kann.

Um Arbeitslosigkeit zu verringern, muß sich die Steigerung von Löhnen und Gehältern an der Entwicklung der Produktivität orientieren. Wir brauchen eine differenzierte Tarifpolitik in Branchen und Regionen sowie Möglichkeiten, im Rahmen von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen stärker den betrieblichen Besonderheiten und Bedürfnissen Rechnung tragen zu können.

Dazu gehören auch aktuelle Überlegungen in einzelnen Unternehmen, durch eine Vier-Tage-Woche bzw. weitere Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich Entlassungen zu verhindern. Solche Konzepte sind für die gesamte Volks-

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Nicht mehr neu in der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung: Dialog-Foren in Magdeburg. Demnächst findet die 6. Veranstaltung in dieser Reihe statt.

Thema/Termin/Veranstaltungsort

Nation und Nationalstaat im Konzept der Europäischen Integration 26. und 27. November 1993

Gemeindehaus (Großer Saal) der Evangelischen Kirchengemeinde Altstadt-Magdeburg. Hauptthemen:

- Der Maastrichter Vertrag, die Entscheidung des Bundesverfassungsge-

richts und die Zukunft des politischen Selbstverständnisses Europas.

- Deutsche Politik für Europa. Europäische Politik für Deutschland.
 - Das „Gesicht“ Europas im Zeitalter des Totalitarismus — Widerstand im Namen von Freiheit und Humanität.
- Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Wendgräben
Postfach 16
39279 Loburg
Tel.: 0161-2203063.**

wirtschaft ebenso wie für ganze Branchen und Tarifbereiche schädlich; in einzelnen Unternehmen mögen solche Auswege aber vertretbar sein. Voraussetzung dafür ist mehr Spielraum für Betriebsvereinbarungen, mit denen Tarifverträge abgeändert werden können.

Bei allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen muß das Ziel verfolgt werden, einer möglichst großen Zahl von Arbeitslosen eine Beschäftigungsmöglichkeit zu geben und die Anreize für einen Wechsel in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu stärken.

Die Tarifpartner sind aufgefordert, dem besonderen Charakter von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Rechnung zu tragen und spezielle niedrigere Tarife dafür zu vereinbaren. Das gilt auch zur Verbesserung der Chancen von Langzeitarbeitslosen; dazu sind Einstiegtarife erforderlich, die eine Bezahlung unterhalb der regulären Tarife ermöglichen.

Wir treten ferner dafür ein, Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten auf freiwilliger Basis zu eröffnen, wobei Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe fortgezahlt

und ein angemessener Zuschlag für Mehraufwendungen gewährt wird.

Diese neuen „ABM ohne Tarifbindung“ ermöglichen Beschäftigungsangebote für jeden Arbeitslosen: Anders als bei bisherigen ABM handelt es sich nicht um ein Arbeitsverhältnis, sondern es geht um ein spezielles Sozialrechtsverhältnis; es wird zwischen dem Träger der Maßnahme und dem Arbeitslosen kein Arbeitsvertrag geschlossen, so daß auch kein Tarifvertrag gilt. Arbeitslosengeld oder -hilfe wird weitergezahlt.

Der Arbeitslose erhält ein freiwilliges Angebot zur Arbeit, vornehmlich bei öffentlichen und gemeinnützigen Trägern, die nur eine zusätzliche Aufwandsentschädigung zu zahlen haben. Der Anreiz für den Wechsel in ein ordentliches Arbeitsverhältnis bleibt auch finanziell erhalten. Die zusätzlichen Kosten der Maßnahmen sind gering. Mit diesem Konzept, an dessen Konkretisierung die CDU arbeitet, wird nicht ein zweiter Arbeitsmarkt geschaffen — aber ein sozialer Beitrag zur Beschäftigung Arbeitsloser geleistet.

„Frau und Politik“ Nr. 5

mit dem Schwerpunktthema „Netzwerke“

Zum Thema der Tragfähigkeit und Macht von Netzwerken erscheint in „Frau und Politik“ wieder eine Vielzahl von Beiträgen aus der Feder von Politikerinnen. Deren Zahl ist zwar seit Beginn der 80er Jahre kontinuierlich angestiegen, dennoch erreicht ihr Anteil in den Parlamenten nach wie vor keine angemessene Repräsentanz der Mehrheit unserer Bevölkerung.

Modernisiertes Layout

Seit Beginn des Jahres 1993 erscheint „Frau und Politik“ mit modernisiertem Layout, neuer Struktur und der Konzentration auf ein politisches Thema.

Die seit 1955 erscheinende Zeitschrift der Bundesfrauen-Union ist zu beziehen:

- Abonnement (6x jährlich) für 20 DM
- kostenlose Probeexemplare
- Grundausrüstung unserer Werbeaktion
- 5 Poster
- 50 Postkarten
- 50 Exemplare „Frau und Politik“ Nr. 5.



- Bei Bestellungen von mehr als 50 Werbeexemplaren wird ein Betrag von 1 DM pro Stück erhoben.

„Frau und Politik“ ist zu beziehen bei:

Union-Betriebs GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 73—75
53113 Bonn
Telefon (0228) 544-314.

FRISCHLUFT E. V. veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Frauen-Union eine Vortragsreihe mit dem Thema „Lebenssituationen junger Frauen in den neuen Bundesländern“. Die nächste Veranstaltung findet am 14. Dezember 1993 unter dem Vorsitz von Angela Merkel in Schwerin statt. Programm und Einladung können angefordert werden bei der Bundesgeschäftsstelle von Frischluft e. V., Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Telefon (0228) 31 00 23.

Werbemittel der Frauen-Union

● Wie Familien wohnen wollen

wird selten gefragt und noch seltener berücksichtigt. Dabei sind Wohnung und Wohnumfeld der wichtigste Lebensraum für die Familie. Wer bei Wohnungsbau und Stadtplanung die unterschiedlichen Bedürfnisse kleiner und großer Kinder, von Mutter, Vater und der älteren Generation mit einbezieht, hilft, Konflikte im Zusammenleben zu vermeiden und eröffnet neue Chancen für die Entfaltung der Kinder.

Die nun vorliegende Dokumentation ist das Ergebnis eines Expertengesprächs, das auf Einladung der Frauen-Union durchgeführt wurde. Sie richtet sich an alle Entscheidungsträger in Wohnungsbau und Stadtplanung, um die eingefahrenen Wege zu verlassen und um die vielen zeitgemäßen Modelle und Ideen in die Praxis umzusetzen.

Bestell-Nr.: 4471

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Exemplar: 3,50 DM.

Leben zwischen Wunsch
und Wirklichkeit

Wie Familien
wohnen wollen



Frauen-Union der CDU



● Rahmenplakat der Frauen-Union DIN A1

Bestell-Nr.: 8181

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 15 DM.



● Erkennungszeichen der Frauen-Union als Aufkleber

Bestell-Nr.: 9081

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 15 DM.

● Pin „Politik weiblich“

Bestell-Nr.: 9593

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 27,50 DM.

Dieser Pin ist das Logo eines Pilotprojekts, das im CDU-Landesverband Bremen entwickelt wurde. Ziel dieses Projektes ist es, frei von alten Emanzenklischees neue Wege in der Ansprache von Frauen zu finden, um diese mehr als bisher für die Arbeit der CDU zu gewinnen.

Weitere Informationen über diese Aktion finden Sie in dem Leitfaden zur Mitgliederwerbung mit der Bestell-Nr.: 6591.

IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax: (0 54 23) 41521

Mit Grips ohne Schlips.



● **Mit Grips ohne Schlips, Poster DIN A1**

Bestell-Nr.: 7722
 Verpackungseinheit: 25 Expl.
 Preis je 25 Expl. 16 DM.

● **Satzung der Frauen-Union**

Bestell-Nr.: 6613
 Verpackungseinheit: 10 Expl.
 Preis je Verpackungseinheit: 11,70 DM.

● **Ohne Frauen ist kein Staat zu machen, Poster DIN A1**

Bestell-Nr.: 7333
 Verpackungseinheit: 50 Expl.
 Preis je Verpackungseinheit: 36 DM.

● **Aufkleber: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen**

Bestell-Nr.: 9249
 Verpackungseinheit: 50 Expl.
 Preis je Verpackungseinheit: 15 DM.

● **Beitrittserklärung der Frauen-Union**

Bestell-Nr.: 6425
 Verpackungseinheit: 50 Expl.
 Preis je Verpackungseinheit: kostenlos.

SATZUNG

BEITRAGSREGELUNG
 VERFAHRENS- UND
 GESCHÄFTSORDNUNG



Stand: Juni 1993

**Ohne Frauen
 ist kein Staat
 zu machen.**



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Mit dieser großen Universaltasche ...

... können Sie nicht nur Einkaufen gehen, auch im Schwimmbad oder beim Picknick bietet sich der Einsatz dieser Tasche an. Reißfestes Nylongewebe, eine zusätzliche Reißverschlußtasche an der Außenseite sowie die Supergröße von 53 x 40 cm sind die hervorstechenden Merkmale dieser Tasche.

- Bestell-Nr.: 9442
- Verpackungseinheit: 5 Exemplare
Preis je Einheit: 40,— DM
zuzüglich Mehrwertsteuer inklusive
Versand.

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164, 33759 Versmold
Fax (05423) 41521



UID

35/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb:
Tel. (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183
(BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504
(BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~WVA~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.